

Kaczynski hofft auf Solidarität und kritisiert Europa

Am zweiten Tag seines Berlin-Besuches erläutert Polens Präsident seine Ideen zur Zukunft der EU

von Gerhard Gnauck

Berlin - "Solidarisches Europa" lautete der Titel seines Beitrags. Mit diesem fügte sich der polnische Präsident Lech Kaczynski gestern in der Berliner Humboldt-Universität in eine Reihe ein, an deren Beginn Bundesaußenminister Joschka Fischer mit seiner Europarede stand. Kaczynski ist sicherlich kein Europa-Enthusiast; mit dem zweiten Teil des Titels, der Solidarität, hatte er in seinem Leben mehr zu tun - als Aktivist der Solidarnosc-Bewegung und politischer Häftling einerseits, als Wahlkämpfer, der "solidarische" gegen "liberale" Ideen auszuspielen verstand, andererseits. Was würde dieser Mann dem deutschen Publikum zu sagen haben?

Kaczynski blickte zunächst in die Vergangenheit. Er lobte, wobei er sich bei den Vornamen verhaspelte, Adenauer, Schuman und de Gasperi, denen es im Westen Europas gelungen sei, Krieg ein für alle Mal auszuschließen; seitdem könne es zwischen Deutschland und Frankreich nicht mehr geben als Streit. "Das war der erste große Sieg der europäischen Solidarität." Von dort kam er schnell zur polnischen Freiheitsbewegung des Jahres 1980: "Die Solidarnosc war unser Beitrag zu den Anfängen der gesamteuropäischen Solidarität." Die EU sei alles in allem ein "riesiger Erfolg", auch wenn die alten Mitgliedsländer sich inzwischen allzusehr daran gewöhnt hätten. Dann kam der Gast auf die ihm am Herzen liegende innere Sicherheit zu sprechen: Erst spät, in den siebziger Jahren, habe die Gemeinschaft hier die Zusammenarbeit aufgenommen. Besonders wichtig sei Solidarität in Europa bei der Überwindung von Entwicklungsunterschieden, auch wenn man "Zweifel haben muß, ob sie hinreichend vertieft ist".

Doch zuviel Integration sei wiederum falsch, man dürfe nicht "zuviel des Guten" wollen. Immerhin: "Daß Europa einen neuen Vertrag braucht, nennen wir ihn zum Beispiel Verfassungsvertrag, unterliegt keinem Zweifel." Europa brauche "generelle Ordnungsregeln". Aber "wir haben Zweifel, ob die Zeit reif ist, hier einen Quasi-Staat zu schaffen. Eine Verfassung schafft noch keinen Staat". Lieber Erweiterung statt Vertiefung: Die Ukraine solle "schnellstmöglich" in die EU aufgenommen werden. "Ich weiß, daß Polen dabei einiges an finanziellen Mitteln verlieren würde." Er könne freilich nicht sagen, ob es nicht ein "Zusammenwachsen der Völker" geben werde ("die natürlich eigenständig bleiben werden"). Es gäbe schon heute viele "nicht bestellte Felder der Zusammenarbeit", und Polen sei bereit, in dieser Richtung zu gehen. Zur Wirtschaftspolitik in Europa sagte er, er habe starke Zweifel, ob "eine neoliberale Medizin das beste Mittel ist und nicht sehr starke Nebenwirkungen hat". Daneben besuchte der neue Präsident den Bundestag, sprach mit Außenminister Steinmeier und wollte auch noch Vertreter polnischer Organisationen in Deutschland treffen.

Alles in allem, wie erwartet, kein Besuch mit konkreten Ergebnissen, doch ein Aufenthalt, den beide Seiten atmosphärisch als großen Erfolg werteten. Dabei war die Ausgangslage zu Beginn des Besuchs wohl die schwierigste, die man sich vorstellen kann. Alle möglichen Verstimmungen und Interessengegensätze hatten in den letzten Jahren die frohgemuten Worte von der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft verstummen lassen. Hinzu kam, daß mit den Brüdern Kaczynski zwei Politiker die Wahlen gewannen, die programmatisch wie persönlich bisher auf größte Distanz zu Deutschland bedacht waren. Bundespräsident Köhlers Einladung hatte der Gast auf die lange Bank geschoben, Telefonate mit der Bundeskanzlerin kamen nicht zustande, ein Treffen Merkels mit Parteichef Jaroslaw Kaczynski während ihres Besuchs im Dezember wurde nach langem Hin und Her aus dem Programm gestrichen.

Während des jetzigen Besuchs gab es auf polnischer Seite Bedenken, ob der Präsident überhaupt irgendeine deutsche Gedenkstätte besuchen sollte. Die Angst, sich auf einen Geschichtsdialog mit den Deutschen einzulassen, muß mächtig gewesen sein. All das schien gestern, nachdem Lech Kaczynski seinen Besuch in Berlin begonnen hatte, fast wie weggeblasen. Daß Köhler, Merkel und auch der Gast beständig die "offene, ehrliche Aussprache" beschworen, scheint Früchte getragen zu haben. Als Kaczynski und seine Frau Maria die neben den Mauerresten gelegene Ausstellung "Topographie des Terrors" besuchten, waren sie bewegt, und der Präsident war auch von Berlin als Stadt beeindruckt: "Diese weiten Dimension gefallen mir. Und man sieht, wie in Warschau, die Spuren des Krieges."

Bei verschiedenen Gelegenheiten setzte der Skeptiker Kaczynski auch vorsichtig neue Akzente. Zur deutsch-russischen Gaspipeline durch die Ostsee verkündete er, "eine Gasleitung mit Abzweig nach Polen (die Berlin ins Gespräch gebracht hat, d. Red.) wäre besser als ohne Abzweig".

Merkel habe ihm gesagt, aus dem Vorhaben der Ostseeleitung an sich könne sich Deutschland nicht mehr zurückziehen. Auch in der Geschichtspolitik gab es Neues - etwa die Aussage, daß "Geschichte Geschichte bleiben muß" und die Gegenwart nicht "kaputtmachen" dürfe, oder das Bekenntnis zum "Europäischen Netzwerk Erinnerung und Solidarität". Die Präsidenten Rau und Kwasniewski hatten dieses als Gegenentwurf zum "Zentrum gegen Vertreibungen" in die Wege geleitet, doch Kaczynski hatte offen gelassen, ob er sich dafür engagieren werde. Aufgetaut ist der zumeist spröde Kaczynski während des Banketts im Schloß Bellevue am Mittwochabend. "Der Mann hat Herz", stellten Teilnehmer verblüfft fest.

Artikel erschienen am Fre, 10. M? 2006

© WELT.de 1995 - 2006

[Artikel drucken](#)